



**Die Grünen | Europäische Freie Allianz**  
im Europäischen Parlament

Sven Giegold MdEP – [sven.giegold@europarl.europa.eu](mailto:sven.giegold@europarl.europa.eu)

**Die Grüne Position zum Economic Governance-Paket:**

## ***Haushaltsdisziplin, soziale Verantwortung, Wirtschaftliches Gleichgewicht***

Das Europaparlament hat heute das Economic Governance-Paket<sup>[1][1]</sup> im Plenum verabschiedet. Dieses Paket besteht aus sechs Berichten. Es rejustiert die wirtschaftspolitischen Stellschrauben der Wirtschaftspolitik in Europa und bestimmt damit maßgeblich die zukünftigen Lebensbedingungen von Millionen EU-Bürgern.

Wir unterstützen eine ehrgeizige europäische wirtschaftliche Steuerung, die Solidarität und Solidität gemeinsam verfolgt. Das ist bei den Berichten zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten (Ferreira, Haglund) gelungen. Sowohl Mitgliedsländer mit Überschüssen, als auch Staaten mit Defiziten müssen zukünftig einen Beitrag zum Abbau der volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte leisten. Bei Nichthandeln drohen Sanktionen. Deutschland wird nun gefordert sein, in diesem Punkt mehr Verantwortung zu übernehmen, beispielsweise durch Mindestlöhne, faire Lohnabschlüsse und Zukunftsinvestitionen. Länder mit Wettbewerbsschwächen dagegen müssen Strukturreformen und Investitionen verstärken. Damit schafft das Gesetzespaket Instrumente um effektiv gegen das Urproblem der Eurozone, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, vorzugehen. In Spanien, Irland, Portugal und auch in Griechenland ist die Krise vor allem auf eine Explosion von konsum- und immobiliengetriebener Privatverschuldung zurückzuführen. Erst darauf folgte – mit Ausnahme Griechenlands – die unnachhaltige Erhöhung der Staatsverschuldung. Daher sind die Maßnahmen gegen wirtschaftliche Ungleichgewichte die entscheidende Neuerung des Economic Governance-Pakets und nur durch das Engagement des Europaparlaments so stark geworden.

Auch der Ford-Bericht verdient Unterstützung, denn er verbessert die Transparenz und Qualität der mitgliedsstaatlichen Haushaltsdaten. Dafür sorgen Anforderungen wie striktere Regeln und die obligatorische Analyse der Daten durch unabhängige Institute. Somit ist ein beherzter Schritt gegen manipulierte Haushaltsdaten gemacht worden. Gerade bei Risiken aus Public-Private-Partnerships wird nun auch der Bund gefordert sein, versteckte Schulden und Risiken von Kommunen und Ländern zu erfassen und transparent zu machen.

Diese drei Berichte sind unterstützenswert, da sie effektive Ansätze zur Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und Verbesserung der mitgliedsstaatlichen Haushaltsdisziplin darstellen.

---

[1][1] Das Economic Governance-Paket besteht aus sechs Berichten und ist auch als 6pack oder "Rehn-Vorschläge" bekannt. Zwei Berichte (Ferreira, Haglund) schaffen gesetzliche Rahmenbedingungen zum Umgang und Abbau von volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten. Der Ford-Bericht soll die Transparenz der mitgliedsstaatlichen Haushaltsdaten verbessern und somit deren Manipulation verhindern. Drei weitere Berichte (Wortmann-Kool, Feio und Goulard) reformieren den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

## *Ambitionierter Schuldenabbau mit sozial-ökologischer Verantwortung anstatt kontraproduktive Austerität*

Klare Grenzen für öffentliche Schulden, Schuldenabbau und ein effektiver Stabilitäts- und Wachstumspakt sind notwendig für unsere wirtschaftliche Zukunft, gerade in der Eurozone. Wir unterstützen daher die neuen Vorgaben der Berichte Wortmann-Kool, Feio und Goulard, die Defizitverfahren zu straffen, die Spielräume für Haushaltsdefizite einzuengen und auch den Schuldenstand über 60% des BIP konsequent zurück zu führen. Entsprechend haben wir uns auch bei den Einzelabstimmungen im Ausschuss und Plenum verhalten.

Jedoch muss bei den Sparanstrengungen die soziale und ökologische Balance gewahrt werden. Bei den bisherigen Sparmaßnahmen in den Krisenländern werden die Lasten der Haushaltskonsolidierung vor allem auf den Schultern der Mittelschicht, Geringverdiener und Armen abgeladen. In Griechenland stieg die Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2011 von über 7% auf über 20%. Gleichzeitig leben laut offiziellen Angaben mittlerweile 20% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die Griechen verlieren auch immer mehr die Hoffnung: die Selbstmorde haben sich im Vergleich zum Vorkrisen-Niveau fast verdoppelt. Auch in Portugal ist die Erwerbslosigkeit von 8,5% (2008) auf 12% (2010) angestiegen und mittlerweile leben 20% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, was dort 400 € monatlich entspricht. In Spanien zeichnet sich eine ähnlich dramatische Entwicklung ab. Die Arbeitslosigkeit ist von rund 11% (2008) auf rund 20% (2010) angestiegen. Zudem ist die Anzahl an Menschen, die mit weniger als 530 Euro monatlich auskommen müssen, innerhalb von drei Jahren um eine Million, auf über 9 Millionen, angewachsen. Immer deutlicher wird, dass dies Strategie nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch gescheitert ist. Das Wachstum springt nicht an, die Neuverschuldung bleibt weiter hoch. Diese Art des Schuldenabbaus wird die Armut verschärfen und letztlich die Unterstützung für das „Projekt“ Europäische Union dauerhaft schädigen.

Außerdem drohen Investitionen in Schlüsselsektoren, wie erneuerbare Energien, zum Opfer der kurzfristigen Sparmaßnahmen zu werden. Haushaltskonsolidierung ist notwendig, jedoch unter Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Wirkungen.

Im Zuge der Verhandlungen haben wir Grüne immer wieder mit unserem Vorschlag einen Ausweg aus diesem Dilemma aufgezeigt:

*Verbindliche EU 2020-Ziele mit ihren Zielen zu Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Bildung müssen genauso verbindlich werden, wie die Vorgaben an die Mitgliedsstaaten zur Senkung ihrer Schulden. Damit Zukunftsinvestitionen wie Bildung und erneuerbare Energien im Rahmen eines Grünen New Deals nicht unter die Räder einseitiger Konsolidierung kommen.*

Die drei Berichte zum Stabilitäts- und Wachstumspakt sind außerdem auf der staatlichen Einnahmeseite blind. Anstatt eine Erhöhung der Einnahmen zu festigen oder durch Maßnahmen, wie effektivere Steuerkooperation, zu fördern, bleibt das Paket bezüglich der Einnahmeseite unbestimmt.

Die konservativ-liberale Mehrheit, auch gestützt auf Euroskeptiker, im Europaparlament hat diesen Vorschlag der gleichen Verbindlichkeit von EU 2020-Zielen und Defizitkriterien jedoch abgelehnt, genau wie verbindlichere Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen. Damit hat diese Mehrheit eine nachhaltige Reform zur effektiven Lösung der Krise verhindert. Sie hat nun die gescheiterte Strategie der einseitigen Austeritätspolitik ohne soziale Balance und Zukunftsinvestitionen verschärft und wird die Verantwortung für deren Scheitern zu tragen haben.